



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 06

18. März 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt:

Verhandlungen zur Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger

Der ernsthafte Versuch einer sachlichen Darstellung

Es gibt nicht viele Dinge auf dieser Welt, auf die man seinen Allerwertesten verwetten könnte. Doch darauf, dass die Gewerkschaft der Polizei (GdP) jede Falschmeldung der Presse postwendend aufgreift und ihrer gewerkschaftlichen Konkurrenz öffentlich um die Ohren schlägt, allerdings schon. So wieder einmal geschehen mit dem GdP-Sonderinfo am heutigen Tag (18.03.2013). Darin heißt es u.a.:

„Als Nachklapp zum DGB-Spitzengespräch erschien kurze Zeit später der Vorsitzende des Beamtenbundes Stich und erklärte dem Finanzminister, sollte Grün-Rot die Übertragung der Tarifierhöhung lediglich um ein Jahr verschieben, werde man das akzeptieren müssen.“

In der Tat gab es in den Landesmedien zum Wochenende solche oder ähnlich lautende Meldungen. Doch diese Meldungen sind schlichtweg falsch. Weder beim Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und seinem Staatssekretär am 20. Februar noch bei dem Gespräch des BBW mit der Fraktionsspitze der Landtagsgrünen am 4. März und schon gar nicht beim Gespräch mit Finanzminister Schmid und Staatssekretär Murawski am 15. März gab es irgendwelche Zugeständnisse in Sachen Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtenschaft. Das absolute Gegenteil war der Fall. In allen Gesprächen bei denen der DPoIG-Landesvorsitzende und stellv. Vorsitzende des BBW, Joachim Lautensack, persönlich mit dabei war, wurden die Interessen der Beamtinnen und Beamten überaus eindeutig positioniert. Nach zwei Sparpaketen für die Landesbeamten in den ersten beiden Regierungsjahren von Grün-Rot wäre ein Zugeständnis für weitere Belastungen der Beamtenschaft seitens des Beamtenbundes und seiner Fachgewerkschaften auch absolut unvorstellbar.

Leider nicht zum ersten Mal und deshalb aus nicht nachvollziehbaren Gründen, werden dem BBW-Landesvorsitzenden irgendwelche Zugeständnisse gegenüber der Landesregierung angedichtet. Sich nach solchen Falschmeldungen rechtfertigen zu müssen fällt zugegebenermaßen sehr schwer und irritiert nicht nur die Mitglieder des Beamtenbundes. Obwohl bei solch leidvollen Angelegenheiten immer auch „e Gschmäcke“ übrig bleibt, hat der BBW-Chef heute folgende Pressemitteilung herausgegeben, um die Haltung des BBW und seiner Fachgewerkschaften in der Frage der Besoldungs- und Versorgungsanpassung klarzustellen. Diese Grundsatzpositionen wurden übrigens am 14. März vom Landesvorstand des BBW einstimmig beschlossen:

Presseinfo vom 18.03.2013



BBW-Chef widerspricht Pressemeldungen und stellt klar: Von Kompromissbereitschaft war nie die Rede - wir bestehen auf Übernahme des Tarifiergebnisses

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) beharrt auf seiner Forderung nach einer Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich. Anders lautende Pressemeldungen vom Wochenende und Wochenanfang weist BBW-Chef Volker Stich als verfälschte Wiedergabe seiner Äußerungen entschieden zurück: „Von Kompromissbereitschaft kann keine Rede sein.“ Der BBW werde keinen Sonderweg und somit weder eine Nullrunde noch eine Deckelung und auch keine Besoldungsverschiebung von einem Jahr mittragen, stellte der BBW-Vorsitzende heute (18.03.2013) klar.

Stich verwies auf die Wirtschaftskraft im „blühenden Bundesland Baden-Württemberg“ und auf die nach wie vor sprudelnden Steuereinnahmen, die im Verbund mit dem anhaltenden niedrigen Zinsniveau und den bereits erfolgten Sparmaßnahmen im Beamten- und Versorgungsbereich dem Land mit großer Wahrscheinlichkeit auch in 2013 und 2014 wieder einen Haushaltsüberschuss bescheren würden. Selbst wenn dieser niedriger ausfalle als 2012, berechtigten solche Wirtschaftsdaten nicht dazu, den Beamten und Versorgungsempfängern ein erneutes Sonderopfer aufzuerlegen, sagte Stich und erklärte mit Bestimmtheit: „Wir verlangen die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses.“ Ansonsten werde die Beamtenschaft Widerstand leisten, graduell unterschiedlich, je nach geplanter Maßnahme.

Massive Proteste bis zur Bundestagswahl kündigt der BBW an, sollte die Landesregierung sich für eine Besoldungsdeckelung oder gar eine Nullrunde entscheiden. Auf harte Reaktionen muss sich die Koalition aber auch gefasst machen, sollte sich Grün-Rot für die am Wochenende ins Gespräch gebrachte zwölfmonatige Besoldungsverschiebung aussprechen. Denn eine um zwölf Monate verzögerte Besoldungsanpassung lehnt der BBW ebenfalls rundweg ab.

Der BBW wie auch seine Mitgliedsgewerkschaften und Mitgliedsverbände sind sich mit den DGB-Gewerkschaften einig, dass das Tarifergebnis zum TV-L inhalts- und zeitgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen werden muss. Alles andere sei im Hinblick auf die positiven Haushaltsdaten nicht vermittelbar, sagt BBW-Chef Stich. (Ende der Presseinfo)

Umgehend reagierten auf diese klarstellende Presseinfo des BBW zahlreiche Landesmedien, die nunmehr über die Position des Beamtenbundes beispielsweise wie folgt berichten:

Tag der Wahrheit bei der Beamtenbesoldung

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=11151470/m0ufi4/index.html>



Die Spitzen der grün-roten Koalition wollen heute über die Anhebung der Beamtenbezüge entscheiden. Finanzminister Nils Schmid (SPD) soll einen Kompromissvorschlag im Gepäck haben - den die Beamten aber nicht akzeptieren dürften.

Im Gespräch ist eine zeitliche Verschiebung, so dass die Beamten eine Besoldungserhöhung erst später als die Angestellten im öffentlichen Dienst bekommen würden. Diskutiert wird offenbar aber auch eine soziale Komponente - das hieße, dass vor allem der Mittlere Dienst vom Tarifabschluss profitieren würde und die höheren Besoldungsgruppen nicht so stark.

Beamtenbund und Gewerkschaften fordern dagegen eine ungeschmälerte Übertragung der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst von 5,6 Prozent in den Jahren 2013 und 2014. Das hatte Grün-Rot mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage abgelehnt.

Beamtenchef Volker Stich machte noch einmal unmissverständlich klar, dass er auf einer Eins-zu-Eins-Übertragung des Tarifergebnisses beharre. Für den Fall, dass es keine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme gibt, kündigte er bereits massive Proteste der Staatsdiener an. Die könnten bis zur Bundestagswahl im September anhalten.

Bislang lehnt es die Landesregierung ab, den Tarifabschluss ungeschmälert auf die Beamten zu übertragen. ...

Baden-Württemberg hat ein Besoldungsplus für Beamte von 1,5 Prozent im Jahr in den Etat eingestellt. Das entspricht im Doppelhaushalt insgesamt rund 600 Millionen Euro. Käme das Land den Forderungen der Beamten nach, müsste es noch 385 Millionen Euro darauflegen.

Zum Gespräch des Beamtenbundes mit Finanzminister Nils Schmid und Staatssekretär Klaus-Peter Murawski am 15. März 2013



FinMin Schmid (Mitte) und StS Murwaski (2. v.r.)



Die BBW-Deelgation v.l.n.r.: Joachim Lautensack, Volker Stich, Kai Rosenberger

BBW-Chef Volker Stich und seine Stellvertreter Lautensack und Rosenberger forderten bei diesem Gespräch mit Nachdruck eine 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtenschaft ein. Unter anderem wurde folgende Argumentation vorgetragen:

- Die Beamten und Versorgungsempfänger werden mehr und mehr von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. Die Grenze der unzulässig-

gen Vernachlässigung der amtsangemessenen Alimentation scheint erreicht und muss je nach Entscheidung der Landesregierung ernsthaft juristisch überprüft werden.

- Trotz überaus günstiger Steuereinnahmen hat die grün-rote Landesregierung der Beamtenschaft und den Versorgungsempfängern in jüngster Zeit bereits zwei schmerzvolle Sparpakete auferlegt. Ein drittes Sparopfer wäre völlig unangemessen, ungerecht und völlig inakzeptabel.
- Die Beamtenschaft und die Versorgungsempfänger können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Landesregierung lediglich 1,5% Lohn- und Gehaltserhöhung in den Haushalt eingestellt hat. Sie alleine muss die absehbar zusätzlichen Kosten – auch für die Beamten und Versorgungsempfänger – verantworten.
- Der Tarifabschluss sei mit den Bundesländern abgestimmt worden. 12 Länder, darunter Baden-Württemberg haben für den Tarifkompromiss gestimmt, nur 3 Länder waren dagegen. Und wenn BW dem Tarifkompromiss zugestimmt habe, dann ist es auch eine Frage der Wertschätzung und Gerechtigkeit, diese Zustimmung 1:1 auf die Beamten zu übertragen.
- Länder, die zu den sogenannten „Nehmerländer“ zählen und u.a. von Baden-Württemberg Geld aus dem Länder-Finanzausgleich erhalten, haben bereits die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses zugesagt. Auch deshalb sei eine abweichende Reaktion Baden-Württembergs mehr als unverständlich und für die Beamten und Versorgungsempfänger zu tiefst demotivierend.
- Geld ist vorhanden! Über eine Milliarde Euro sei im Landeshaushalt aus Überschüssen aktuell vorhanden (siehe nachfolgender Pressebericht).
- Die Beamtenschaft und die Versorgungsempfänger würden eben nicht „auf hohem Niveau jammern“. Die Landesverwaltung besteht nicht nur aus Angehörigen des gehobenen und höheren Dienstes; und auch die hätten einen berechtigten Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.
- Insbesondere von der SPD würden die Beamten einen ordentlichen Umgang verlangen. In Zeiten der Opposition war es immer wieder und regelmäßig die SPD, die von der jeweiligen Regierung eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses gefordert hätte (zuletzt siehe: http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7652_D.PDF).
- Je nach Entscheidung der Landesregierung müsste mit graduell sehr unterschiedlichem Widerstand und Protest des Beamtenbundes und seiner Mitglieder gerechnet werden, der sich sicherlich bis zur anstehenden Bundestagswahl hinziehen würde.

Finanzminister Schmid wies u.a. auf die nicht verkräftbaren Kosten einer 1:1 Übernahme des Tarifabschlusses hin, für die er keinerlei Chance sehe. Er könne sich nur Maßnahmen vorstellen, die deutlich haushaltsschonende Auswirkungen hätten. Das Tarifergebnis bringe Baden-Württemberg so oder so schon an die Schmerzgrenze.

Staatssekretär Murawski (Chef des Staatsministeriums) zeigte sich über die grundsätzliche Ablehnung des Beamtenbundes verärgert. Er könne nicht einsehen, wie sich die Beamtenschaft den faktischen Realitäten der Haushaltssituation derart verschließe und sprach sogar von „Realitätstaumel“ und „Realitätsverlust“ der Gewerkschaftsvertreter, was diese natürlich nicht auf sich sitzen ließen.

Als Vereinbarung des etwa einstündigen Gesprächs wurde lediglich festgehalten, dass die Landesregierung schnell entscheiden wolle und dass der BBW – ebenso wie der DGB – eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme forderte.

Milliardenplus ermutigt Beamte

Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 15.03.2013



Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr einen Milliardenüberschuss erwirtschaftet.

Durch Einsparungen beim Personal und höhere Steuereinnahmen ist 2012 ein Plus von 1,05 Milliarden Euro entstanden, berichtete der 'Mannheimer Morgen'. Das Finanzministerium in Stuttgart bestätigte am Donnerstagabend die Zahl. Damit gerät die Regierung unter Druck,

den Forderungen der Beamten nachzugeben, den Tarifabschluss für die Angestellten auf die Staatsdiener ungeschmälert zu übertragen. Der Landeschef des Beamtenbunds, Volker Stich, sagte, die Zahlen seien 'höchsterfreulich'. Finanzminister Nils Schmid (SPD) trifft sich an diesem Freitag zu ersten Gesprächen mit dem DGB und dem Beamtenbund.

Wie Vertreter des Ministeriums am Donnerstag im Finanzausschuss des Landtags erklärten, waren die Ausgaben für das Personal um 400 Millionen Euro niedriger, als im Haushalt der grün-roten Regierung veranschlagt. Die Zinszahlungen hätten den eingeplanten Betrag um 257 Millionen Euro unterschritten. Dazu kämen unerwartete Mehreinnahmen bei den Steuern in Höhe von 390 Millionen Euro.

CDU-Fraktionschef Peter Hauk forderte, das Geld für die Übernahme des Tarifabschlusses für die Angestellten auf die Beamten einzusetzen: „Das Geld für eine Eins-zu-Eins-Übertragung wäre da.“

Auf die Entscheidung der Landesregierung sind wir gespannt!

...



Diese Entscheidung wird wohl zur Nagelprobe mit der Beamtenschaft und mit dem öffentlichen Dienst.

Wir haben von der grün-roten Landesregierung etwas anderes erwartet!

An dieser Stelle muss den heutigen Regierungsverantwortlichen immer wieder der Spiegel der Wahrheit und der Ehrlichkeit vorgehalten werden. Schon vor der letzten Landtagswahl war klar, dass im Landeshaushalt ein strukturelles Defizit von mehr als 2,5 Milliarden Euro klafft. Insofern hat sich an der grundlegenden Haushaltssituation nichts geändert.

Nur Lug´ und Trug´ wären die Antworten von Grünen und Sozialdemokraten auf die **Wahlprüfsteine der DPoIG zur Landtagswahl 2011**, sollten sie nach zwei Sparpaketen jetzt wirklich noch etwas anderes als eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses in Erwägung ziehen:

Auf die Frage der DPoIG

„Müssen unsere Kolleginnen und Kollegen (Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte, Feuerwehrbeamte sowie Versorgungsempfänger) auch in der nächsten Legislaturperiode mit weiteren finanziellen Einschnitten rechnen (Besoldung und Versorgung, Zulagen, Beihilfe/Freie Heilfürsorge)?“

antwortete die SPD-Fraktion mit den Unterschriften von Claus Schmiedel, Nils Schmid und Reinhold Gall:

Nein, wir beabsichtigen in diesen Bereichen keine weiteren Einschnitte vorzunehmen.

Und die Antwort der GRÜNEN stand der der SPD in nichts nach:

Die Polizei darf nicht immer nur Melkkuh für Einsparziele der Landesregierung sein. Daher schließen wir weitere finanzielle Einschnitte für aktive Beamtinnen und Beamte aus. Auch die Heilfürsorge soll nicht angetastet werden.

PS: Wir können dieser Landesregierung sagen, wie sich noch mindestens 123 Millionen sparen kann, ohne die Beamten zu belasten!

Ende DPoIG-ID Nr. 06/2013